



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (01) 531 15/0  
Fax (01) 531 15/2699 od. 2823  
DVR: 0000019

<sup>10</sup>  
GZ 650.613/9-V/2/99

An den  
Herrn Landeshauptmann  
von Niederösterreich

Landhauspl. 9  
3109 St. Pölten

**Amt der NÖ Landesregierung**  
Poststelle

22. DEZ. 1999

*Landtag Lt.-G-90-1999* Stempel  
Bereiter Beilagen

*(Lt.-340/L-14/1-1999)*

Sachbearbeiter  
FEGERL

Klappe  
2983

Ihre GZ/vom  
Lt.-G-90-1999 (Lt.-340/L-  
14/1-1999)  
18. November 1999

Betrifft: Gesetzesbeschluß des Niederösterreichischen Landtages vom  
18. November 1999 betreffend ein Landesgesetz, mit dem das NÖ  
Landwirtschaftskammergesetz geändert wird

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 21. Dezember 1999 beschlossen, der Kundmachung des im Betreff genannten Gesetzesbeschlusses gemäß Art. 98 Abs. 3 B-VG zuzustimmen und gleichzeitig die Zustimmung zu der im Gesetzesbeschluß vorgesehenen Mitwirkung von Bundesorganen gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG zu erteilen.

Unbeschadet der Erteilung der Zustimmung zur vorzeitigen Kundmachung des Gesetzesbeschlusses besteht Anlaß zu folgender Bemerkung:

Die Bundesregierung geht bei der Zustimmung zur Mitwirkung von Bundesorganen davon aus, daß gewährleistet wird, daß den Abgabenbehörden des Bundes zu

jedem Betriebsführer auch jenes für die Erhebung der Beiträge maßgebliche Konto bekannt zu geben ist, auf dem die Vorschreibung des Grundbetrages erfolgen soll.

21. Dezember 1999  
Für den Bundeskanzler:  
IRRESBERGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



Ergeht an:

Herrn Landtagspräsident Mag. Edmund *Freibauer*

den Klub der *ÖVP*

den Klub der *SPÖ*

den Klub der *FPÖ*

die Fraktion der *G*

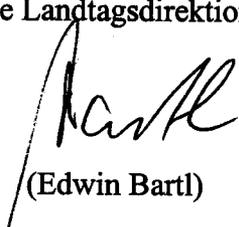
die Abteilung *LF1*

die *LAD1 - Verfassungsdienst*

mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme.

22. Dezember 1999

Die Landtagsdirektion:



(Edwin Bartl)